



# links



**Nein** zum 24-Stunden-Arbeitstag  
**Ja** zur Abschaffung der Wehrpflicht  
**Ja** zum Epidemien-gesetz

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
138 • CH August 2013 AZB 3001 Bern

# 125

1888-2013



## Wir feiern Geburtstag!

Endlich ist es so weit. Zum 125-Jahre-Jubiläum der SP Schweiz steigt am 7. September ein grosses Fest. Kommt alle nach Bern und feiert mit!

Seiten 2 und 3

### PARTEI



Sechs neue **Initiativprojekte** stehen in den Startlöchern. Für welches soll die SP Unterschriften sammeln?

Seite 8

### POSITIONEN



Die **Cleantech-Initiative** wurde zugunsten des parlamentarischen Gegenvorschlags zurückgezogen. Die Gründe dafür erklärt Beat Jans.

Seite 13

### CARTE BLANCHE



Warum der Pfarrverein des Kantons Zürich eine **Frauenquote in der Kirche** fordert, erklärt Carola Jost-Franz.

Seite 19

# Die SP Schweiz feiert



## «Die Schweiz stets zum Besseren verändern»

Christian, wir feiern am 7. September unser 125-Jahre-Jubiläum. Was gibt es zu feiern?

Christian Levrat: Dieses Fest gibt uns die Gelegenheit, den Beitrag der SP zur Schaffung einer modernen Schweiz in Erinnerung zu rufen. Dieses Land wurde erschaffen durch den Willen zur Veränderung, den Willen der Linken. Die AHV, der Service public, der nationale Zusammenhalt, die Entwicklung der Löhne, das Frauenstimmrecht, der Proporz – all das ist unser Verdienst. Nun ja, dasjenige unserer Vorgänger. Aus Anlass dieses Festes erweisen wir ihnen die Ehre, wir erinnern uns an die Kämpfe der Vergangenheit und schöpfen daraus Mut für jene der Gegenwart.

Du bist seit 2008 Präsident der SP Schweiz. Wann bist du der SP beigetreten?

Ich bin der SP 1999 beigetreten, nachdem ich schon lange mit der Partei sowie verschiedenen Hilfswerken und Gewerkschaften sympathisiert hatte.

Gibt es ein besonderes Ereignis, das dich politisch geprägt hat, das dir in spezieller Erinnerung geblieben ist?



Nicht 1, nicht 2, nicht 3 – ganze 125 Jahre gibt es uns schon.

Die Wahl von Mitterrand, als ich elf Jahre alt war. Nach fast sechzigjähriger bürgerlicher Dominanz kam die Linke in Frankreich an die Macht. Für viele war dies damals eine riesige Welle der Hoffnung, andere hingegen waren tief entsetzt, da sie die Linke schon immer als illegitim betrachteten.

Du bist Ständerat und Parteipräsident – beides Funktionen, die von Erfolgen und Niederlagen eng begleitet sind. Wie motivierst du dich täglich für diesen herausfordernden Job?

Ich schöpfe eigentlich immer aus derselben Quelle Motivation – dem Kontakt mit unseren Mitgliedern, unseren Sektionen, unseren Aktivistinnen und Aktivisten. Schon oft bin ich nach langen Sitzungen und Interviews völlig erschöpft zu einer Sektionsversammlung erschienen und danach vollgetankt mit neuer Energie und Motivation wieder gegangen. Die Politik muss vermehrt ein menschliches Gesicht erhalten, sie ist aus Fleisch und Blut und findet viel mehr in den Cafés und Beizen als in den Sälen des Bundeshauses statt.

Was macht für dich die SP aus?

Ihre Unabhängigkeit. Diese Fähigkeit, die Interessen der Allgemeinheit vor die Einzelinteressen von Firmen oder Industriezweigen zu stellen. Sowie der Wille, die Schweiz zu verändern. Wir sind die einzige Partei, welche die Schweiz seit 125 Jahren derart liebt, dass wir sie stets zum Besseren verändern wollen.

Interview: Leyla Gül

# Geburtstag

## Du solltest am 7. September unbedingt nach Bern kommen, weil ...

- 1** du noch nie in deinem Leben so viele Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz auf einem Haufen gesehen hast. Bis jetzt haben sich über 2200 angemeldet, bis zum Fest werden es noch etliche mehr sein.
- 2** es auch für die Kleinen etwas zu feiern gibt. Ueli Schmezer, Fernsehmoderator und Liedermacher, sorgt ab 14.30 Uhr mit seinem «Chinderland» für leuchtende Kinderaugen.
- 3** sich das Unterhaltungsprogramm sehen lässt: Gruppo Tacalà, WSO Rythm & Brass, Micha Sportelli und SIM's rocken die Bühnen auf dem Waisenhausplatz und später im PROGR. Zudem gibt es Spoken Word und Dance Performances. Für jede und jeden ist etwas Passendes dabei.
- 4** der Kapitalismus an diesem Samstag eh nicht überwunden wird und wir dank der Jubiläumsbotschaft, die auf dem Waisenhausplatz feierlich verabschiedet wird, erfahren, weshalb wir schon am nächsten Tag wieder dafür kämpfen werden.
- 5** es bei der von unserer Bundeshaus-Fraktion organisierten Tombola garantiert originellere Preise zu gewinnen gibt als beim Lottomatch des lokalen Turnvereins. Wanderungen, eine Übernachtung im Baumhaus und allerlei Kulinarisches – Mitmachen lohnt sich auf jeden Fall.
- 6** die JUSO für die Abschlussparty verantwortlich ist. Um 22.30 Uhr zeigt der Parteinachwuchs im PROGR, wie im Sommerlager in Chandolin jede Nacht durchgefeiert wurde. Wer bis am Schluss durchhält, wird inoffizielles JUSO-Ehrenmitglied.
- 7** man den (möglichen) Kater am autofreien Sonntag im Berner Breitenrain-Quartier loswerden kann – zum Beispiel an der Kaffeebar der SP Nord oder an der Velo-Oldtimer-Parade an der Herzogstrasse. Übernachtungs- und weitere Tipps gibt's unter [www.autofreiersonntag.be](http://www.autofreiersonntag.be).
- 8** am 7. September – zumindest in der Super League – keine Fussballspiele stattfinden. Weder im Wankdorf noch auf dem Brügglifeld oder im «Joggeli» verpasst du irgendetwas. Eine ideale Gelegenheit, um für einmal die rote Fahne zu schwenken und für die SP zu «fanen».
- 9** unter den über 2000 Genossinnen und Genossen viel Parteiprominenz sein wird. Auch unsere beiden Bundesratsmitglieder Simonetta Sommaruga und Alain Berset werden auftreten und gemeinsam mit uns 125 Jahre SP feiern.
- 10** es acht Werte gibt, die uns seit 1888 begleiten: Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Demokratie, Gleichheit, Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Internationalismus. Sie sind unser Kompass, der über sachpolitischen Auseinandersetzungen und politischen Strategien steht. Das wollen wir gemeinsam feiern.

### INFOS ZUM FEST

**HelferInnen gesucht!** Wir suchen noch viele motivierte Leute, die am Fest einen Einsatz von drei Stunden leisten möchten. Melde dich an unter: [125jahresp.ch/mitmachen](http://125jahresp.ch/mitmachen) und du erhältst zum Dank ein tolles T-Shirt und wirst an ein HelferInnen-Essen eingeladen.

**Kein Geburtstagsfest ohne Kuchen!** Aber das Buffet ist noch nicht gefüllt. Bitte melde bis Ende August deinen Kuchen unter [125jahre@spschweiz.ch](mailto:125jahre@spschweiz.ch) – MERCI!

Die **Festwirtschaft** ist ab 12 Uhr geöffnet. Die **offizielle Festeröffnung** findet **um 13 Uhr** auf dem Waisenhausplatz statt, zum krönenden Abschluss steigt um 22.30 Uhr die Abschlussparty.

**Übrigens:** Das Jubiläumsfest findet bei jeder Witterung und zu einem grossen Teil draussen statt. Bitte wetterfeste Kleidung mitnehmen. Weitere Infos findest du im beigelegten Jubiläumsflyer oder auf [www.125jahresp.ch](http://www.125jahresp.ch).

**Wir freuen uns auf dich.**

### STANDPUNKT



Leyla Gül  
Co-Generalsekretärin

### Das sind wir

Wenn ich gefragt werde, weshalb ich mich seit Jahren für die SP engagiere, ist meine Antwort immer dieselbe. Erstens, weil ich die Breite der SP liebe. Ich könnte mir nie vorstellen, in einer Partei aktiv zu sein, die ihre Haltung zu aktuellen Themen und dringenden Fragen am Vormittag zwischen zwei Sitzungen festlegt. Oder anders gesagt: Wir sind keine Sekte. Sicher, die Diskussionen sind zuweilen anstrengend und langwierig und am Ende ist die Kritik einer Gruppe, einer Sektion, einer Fraktion, einer Kantonalpartei gewiss. Aber die Notwendigkeit zu diskutieren ist weit mehr als Mittel zum Zweck; sie ist in unseren Genen angelegt und zudem stärkt sie uns. In dem Moment, in dem wir die Diskussion parteiintern geführt und abgeschlossen haben, wenn wir von einer Delegiertenversammlung nach Hause gehen und uns darüber gestritten haben, ob wir das Referendum gegen die dringliche Asylgesetzrevision unterstützen oder einer Parteienfinanzierung durch Banken zustimmen sollen und, wenn ja, unter welchen Bedingungen, sind wir parat für die Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Der zweite Grund ist die Gemeinschaft. Und die damit verbundene Bereitschaft und Lust, einen grossen Teil seiner Freizeit an die SP-Familie zu spenden. Ich höre immer wieder, dass es schwierig und mühsam sei, genügend Mitglieder für eine Aktion zu mobilisieren, dass es früher mehr AktivistInnen gegeben habe und dass immer wieder dieselben an die Sektionsversammlungen kämen. Das mag sein und ich habe es in meiner Zeit in Bern selbst erlebt, dass Mobilisieren mehr ist, als ein paar E-Mail-Aufrufe zu verschicken. Dennoch staune ich jeden Tag darüber, wie viele SP-Mitglieder bereit sind, so viel zu machen, und das ohne jeglichen Eigennutz. Flyer zu verteilen, Zeitungen in Briefkästen zu stecken, die Sektionsfinanzen zu bereinigen, für eine Initiative zu sammeln, Podien zu organisieren, Plakate aufzuhängen, mit der Gemeinderatskandidatin auf Tour zu gehen. Und das nicht erst seit heute, sondern seit 125 Jahren. Ich danke euch dafür von Herzen. Ohne euch könnten wir einpacken, ohne euch wäre alles andere nichts. Ich freue mich, mit euch am 7. September in Bern zu feiern.

NEIN ZUR LIBERALISIERUNG DER ÖFFNUNGSZEITEN VON TANKSTELLENSHOPS

# Burnout der Gesellschaft

**Die Liberalisierung der Öffnungszeiten bei Tankstellenshops ist nur ein erster Schritt in Richtung 24-Stunden-Arbeitsgesellschaft. Für die Arbeitnehmenden bedeutet sie mehr Stress und schlechtere Arbeitsbedingungen.**

«Die Nacht und der Sonntag gehören uns!», lautete die unmissverständliche Aussage der direkt betroffenen Verkäuferinnen und Verkäufer, die sich im Rahmen einer breiten Kampagne zu Wort melden konnten. Ebenso klar war die Meinung der Konsumentinnen und Konsumenten, die sich in einer Umfrage der Gewerkschaften äussern konnten: Auch sie lehnen die Ausdehnung der Öffnungszeiten auf die Nacht und den Sonntag ab. Die breite Ablehnung in der Bevölkerung spiegelt sich auch in den Resultaten der letzten kantonalen Abstimmungen wider. Zuletzt wurde die Nacht- und Sonntagsarbeit im Verkauf in Zürich, Basel und Luzern klar abgelehnt.

## Tankstellenshops als Türöffner

Trotz diesen klaren Entscheiden reichen die Befürworterinnen und Befürworter einer Liberalisierung der Öffnungszeiten immer neue Vorstösse ein – ganz nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Die Motion Lombardi (cvp) will längere Ladenöffnungszeiten in allen Kantonen, mit der Motion Abate (fdp) soll die Sonntagsarbeit flächendeckend eingeführt werden und die Motion Bertschy (glp) schliesslich fordert schweizweit den 24-Stunden-Arbeitstag für Läden, die kleiner sind als 120 m<sup>2</sup>. Bei der Abstimmung vom 22. September geht es denn auch nicht um eine Sonderlösung für einige wenige Tankstellenshops, sondern um einen Türöffner für die 24-Stunden-Arbeitsgesellschaft.

## Klassische Frauenjobs

Das Verkaufspersonal leidet bereits heute unter tiefen Löhnen, zerstückelten Arbeitszeiten



und Arbeit auf Abruf. Besonders betroffen von längeren Ladenöffnungszeiten sind Frauen. Sie machen fast 70 Prozent des Verkaufspersonals aus. Durch die prekären Arbeitsbedingungen im Detailhandel ist es für sie bereits heute schwierig, den Spagat zwischen Beruf und Familie zu schaffen. Zusätzliche Nacht- und Sonntagsarbeit verschlechtern ihre Lebenssituation.

## Betroffen sind am Ende alle

Betroffen ist jedoch nicht nur der Detailhandel. Der Gesetzesvorschlag höhlt das Arbeitsgesetz nämlich in einem ganz zentralen Punkt aus: dem Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot. Und das betrifft am Ende alle Beschäftigten, von denen zunehmend permanente Verfügbarkeit gefordert wird.

Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit gehen wichtige gesellschaftliche Freiräume verloren, denn der arbeitsfreie Sonntag ist für die Erholung und die sozialen Kontakte unabdingbar. Die Einführung der 24-Stunden-Gesellschaft, wie sie von den bürgerlichen Turbo-liberalisierern verlangt wird, führt unweigerlich zum Burnout der Gesellschaft.

## Nacht- und Sonntagsarbeit schaden der Gesundheit

Nacht- und Sonntagsarbeit schaden der Gesundheit der Arbeitnehmenden. Die häufigste Folge sind Schlafstörungen, vermehrt treten auch psychische Störungen bis zu Erkrankungen (Depressionen) auf, ebenso wie Beschwerden im Verdauungstrakt, Appetitlosigkeit und Bluthochdruck. Studien weisen auf mehr Herzinfarkte hin und es gibt klare Hinweise darauf, dass Nachtarbeit bei Frauen zu Brustkrebs führen kann.

Eine Gesellschaft, die unter dem alleinigen Diktat des Konsums steht, ist eine getriebene Gesellschaft, die aus Profitinteressen nie zur Ruhe kommen darf. Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist deshalb auch ein Schutz der Gemeinschaft vor den masslosen Ansprüchen der Wirtschaft. Dafür wehren wir uns!



Corrado Pardini ist Nationalrat aus dem Kanton Bern

## DARUM GEHT ES

Die Änderung des Arbeitsgesetzes bedeutet eine Liberalisierung der Öffnungszeiten und hat in erster Linie zur Folge, dass in Tankstellenshops auf Autobahnraststätten und an sogenannten Hauptverkehrsstrassen auch in der Nacht sowie sonntags Arbeitnehmende beschäftigt werden dürfen. Erstmals würde damit der 24-Stunden-Arbeitstag im Detailhandel eingeführt. Die «Sonntagsallianz» – der neben der SP auch Gewerkschaften, kirchliche Kreise, Gesundheitsfachleute und Frauenorganisationen angehören – hat gegen diese Verschlechterung des Arbeitsgesetzes erfolgreich das Referendum ergriffen.

## JA ZUR AUFHEBUNG DER WEHRPFLICHT

# Milizarmee statt Massenheer

**Die Armee ist heute massiv überdimensioniert. Sie rekrutiert viel mehr Leute, als tatsächlich gebraucht werden, und sie verursacht hohe Kosten. Eine taugliche Alternative zur Wehrpflicht bietet die Freiwilligenmiliz.**

Die allgemeine Wehrpflicht ist ein überholtes Modell. Als staatlich angeordnete Zwangsleistung greift sie stark in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Sie lässt sich nur rechtfertigen, wenn es darum geht, höchste Gefahr abzuwenden. Dies ist heute nicht der Fall. Deshalb ist die Wehrpflicht in ganz Europa ein Auslaufmodell. Auch in der Schweiz dürfen Tradition und Folklore nicht mehr Gewicht haben als militär-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Überlegungen.

Die Schweiz hat acht Mal weniger Einwohnerinnen und Einwohner als Frankreich und sogar zehn Mal weniger als Deutschland – sie bildet aber fast ebenso viele Soldaten aus. Für diese Ausbildungen, die ausserhalb der Armee kaum von Nutzen sind, werden Unsummen aufgewendet. Pro Jahr kostet uns die Armee fast vier Milliarden Franken. Zusätzliche Kosten von fast einer Milliarde Franken pro Jahr fallen allein bei der Erwerbsersatzordnung an.

Die Wehrpflicht verstösst in zweierlei Hinsicht gegen das Gleichheitsgebot: Erstens widerspricht sie dem Geschlechter-Gleichstellungsgebot weil sie Schweizer Männer auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie benachteiligt. Eine allgemeine Dienstpflicht für alle wäre jedoch darum keine Lösung, weil dadurch das Problem der überdimensionierten Armee sogar noch verschärft würde. Zweitens verletzt die Wehrpflicht die Rechtsgleichheit. Denn heute ist es einfach, sich aus medizinischen Gründen der Wehrpflicht zu entziehen: Nur gerade 50 Prozent der Stellungspflichtigen leisten den gesamten Militärdienst.

Eine taugliche Alternative zum heutigen Modell der Wehrpflicht ist die Freiwilligenmiliz. Viele Staaten haben ihre Armeen erfolgreich nach diesem Prinzip organisiert: Alle üben einen zivilen Beruf aus; wer will und geeignet ist, lässt sich zusätzlich und gegen entsprechende Entlohnung militärisch ausbilden und leistet bei Bedarf Dienst. Dieses Armeemodell knüpft

## DARUM GEHT ES

Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» sieht vor, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen. Sowohl Armee als auch Zivildienst bleiben dabei als freiwillige Dienste bestehen und die Armee wird weiterhin nach dem Milizprinzip organisiert.

an die Tradition der alten Miliz an und entspricht den Bedürfnissen einer modernen demokratischen Gesellschaft. Denn eine kleine, moderne und umgebaute Armee kann viel effektiver auf neue Bedrohungslagen reagieren.



**Evi Allemann** ist Nationalrätin aus dem Kanton Bern

## JA ZU REVISION DES EPIDEMIEGESETZES

# Besserer Schutz für alle

**Mit dem revidierten Epidemiengesetz wird die Bevölkerung besser vor ansteckenden Krankheiten geschützt, weil den heutigen Bedrohungen im neuen Gesetz besser Rechnung getragen wird als im geltenden.**

Das neue Epidemiengesetz sieht Massnahmen vor, dank denen übertragbare Krankheiten besser verhütet, bekämpft, überwacht und früher erkannt werden können. Bund und Kantone können solche Massnahmen mit dem neuen Gesetz rascher und gezielter ergreifen und sie besser koordinieren.

Das revidierte Gesetz fördert die Aufklärung über die Gefahren übertragbarer Krankheiten und Präventionsmöglichkeiten in den

## DARUM GEHT ES

Um effektive Massnahmen zur Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten ergreifen zu können, muss das geltende Epidemiengesetz angepasst werden. Die Revision zielt auf eine angemessene Erkennung, Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten ab. Rechtskonservative Kreise haben dagegen das Referendum ergriffen.

Schulen. Der Unterricht wird an das Alter der Kinder angepasst. Nur die frühzeitige Aufklärung der Kinder und Jugendlichen versetzt sie in die Lage, sexuellem Missbrauch, der Verbreitung sexuell übertragbarer und potenziell gefährlicher Krankheiten, ungewollten Schwangerschaften, Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat vorzubeugen. Für Kinder und Jugendliche aus unterprivilegierten und instabilen Milieus oder sehr konservativen, religiösen Familien kann der Zugang zu Informationen damit verbessert und die Chancengleichheit gefördert werden.

Im neuen Epidemiengesetz wird das bereits geltende Impfblogatorium durch zwei massgebende Änderungen eingeschränkt: Erstens muss eine erhebliche Gefahr bestehen, damit die Kantone ein Impfblogatorium verhängen können, und zweitens darf dieses nur noch für ausgewählte Personengruppen wie Ärztinnen und Ärzte oder Pflegenden für gültig erklärt werden. Es gibt auch mit dem neuen

Gesetz keinen Impfwang. Bei erheblicher Gefahr für die öffentliche Gesundheit stellt das Impfblogatorium jedoch eine sinnvolle Massnahme dar. Nur so konnten sich rasch verbreitende, teilweise sogar tödliche Infektionskrankheiten ausgerottet werden.

Im geltenden Epidemiengesetz fehlen Datenschutzbestimmungen. Mit der Revision wird diese Lücke geschlossen. Es wird genau aufgezeigt, wann die Behörden welche Daten erheben dürfen. Daten, die zur Identifizierung von Personen dienen, dürfen nur erhoben werden, um daraus Massnahmen zum Schutz der betroffenen Person oder der Bevölkerung abzuleiten.



**Edith Graf-Litscher** ist Nationalrätin aus dem Kanton Thurgau

# Der lange Weg zum Frauens

Wenige Tage nach dem Neuenburger Parteitag (1912), der die Partei dazu verpflichtet hatte, «für die Einführung des Frauenstimmrechts zu agieren», reichte der St. Galler SP-Grossrat Johannes Huber die erste Motion für das integrale (vollständige) Frauenstimm- und Wahlrecht in einem Kantonsparlament ein. Der Regierungsrat wandelte sie in einen unverbindlichen Verfassungsartikel für das passive Wahlrecht um, ohne einen Gesetzestext zu formulieren. Auch im Berner Grossen Rat wurde der Antrag des SP-Grossrats Eugen Münch, das Stimmrecht wenigstens auf Gemeindeebene einzuführen, 1917 abgelehnt. Die SP hatte diesen Vorschlag allerdings nur halbherzig unterstützt, da beispielsweise Robert Grimm befürchtete, das Zusammengehen von SP-Frauen mit der sich neu etablierenden Frauenstimmrechtsbewegung könnte bürgerlichen Argumenten Tür und Tor öffnen. Auch wurde die Teilnahme von Frauen an Parteiversammlungen und politischen Aktionen – insbesondere wenn es um die eigene Ehefrau ging – von einigen Genossen doch eher skeptisch betrachtet. Teile der Frauenbewegung wiederum befürchteten, in die Nähe «sozialistischer Agitationen» zu geraten. Dass das Frauenwahlrecht 1918 als zentrale Forderung in den Katalog des Landesstreiks Eingang fand, war wohl der einzigen Frau im Oltener Aktionskomitee zu verdanken, der Zürcherin Rosa Bloch-Bollag.

Durch die Auflösung der Arbeiterinnenvereine 1917 hatten die SP-Frauen innerhalb der Partei an Mitgliedern und Einfluss verloren, zudem verloren sie nochmals durch die Abspaltung der KP und den Übertritt von Rosa Bloch, aber auch von Rosa Grimm, wichtige Exponentinnen. Der ohnehin geringe Anteil an

weiblichen Mitgliedern ging bis 1923 von acht auf fünf Prozent zurück.

## Niederlage bei Volksabstimmungen

Nach dem Ersten Weltkrieg gelangten in den Kantonen Neuenburg, Basel-Stadt, Zürich, Genf und Glarus die bereits während des Krieges lancierten Vorstösse für das integrale Frauenstimmrecht in Kantons- und Gemeindeanlässen zur Abstimmung. Vier davon wurden von Sozialdemokraten eingereicht, ebenso ein Vorstoss im Kanton Waadt, der bereits auf Parlamentebene definitiv abgelehnt wurde. In den Parlamenten hatten sich alle Sozialdemokraten für die Abstimmungen ausgesprochen. In den Volksabstimmungen zwischen 1919 und 1921, wurde das Frauenstimmrecht hoch abgelehnt, in Zürich mit 80

**In den kantonalen Volksabstimmungen zwischen 1919 und 1921 wurde das Frauenstimmrecht hoch abgelehnt, in Zürich beispielsweise mit 80 Prozent.**

Prozent, in Basel-Stadt mit 65 Prozent und in Genf mit 68 Prozent Neinstimmen. Im Kanton Glarus verwarf die Landsgemeinde 1921 einen entsprechenden Vorstoss.

Es folgten erst wieder in den 1940er-Jahren Vorstösse für das Stimm- und Wahlrecht, zum Teil auf die Gemeindeebene beschränkt, wie in Neuenburg 1941 und 1948 und in Solothurn 1948. Wiederum blieben alle erfolglos. Auch die erneuten Vorstösse für das integrale Stimmrecht in Kantons- und Gemeindeanlässen in Genf 1940, Basel-Stadt und Basel-Land, im Tessin 1946 und in Zürich 1947 wurden von den männlichen Stimmbürgern verworfen. Dass die Abstimmungsergebnisse auch in den Arbeiterquartieren negativ waren, lässt darauf schliessen, dass es für die Mitglieder und Anhänger der SP kein allzu dringliches Anliegen war.

## Erfolgsloser Definitionsweg

Der Weg über die unteren politischen Ebenen hatte sich fürs Frauenstimmrecht als Sackgasse erwiesen. Das hatte schon in den 1920er-Jahren dazu Anlass gegeben, erneut auf die eidgenössische Ebene zu wechseln und das Recht auf dem Definitionswege, das heisst ohne Abstimmung, zu verlangen. 1923 wandte sich Hilda Lehmann, Angestellte beim Metallarbeitersekretariat in Bern, in einem von Leonard Jenni, einem der SP nahestehenden Juristen, aufgesetzten Schreiben an die Berner Behörden und verlangte Aufnahme ins Stimmregis-

ter, mit der Begründung, dass die Verfassung die Gleichberechtigung der Frauen nicht ausschloss, sondern sie geradezu verlangte. Nach der Ablehnung gelangte Jenni auch im Namen verschiedener SP-Frauen ans Bundesgericht und später an die Genfer Behörden – ohne Erfolg.

## Die Petition von 1928

Schliesslich nahmen 1928 Mitglieder des Vereins für das Frauenstimmrecht, unter ihnen auch die Bieler Sozialdemokratin Marie Albrecht-Häni und der Sankt Galler Sozialdemokrat Johannes Huber, die SAFFA (Schweizerische Ausstellung für Frauen-Arbeit) zum Anlass, auf dieses politische Anliegen hinzuweisen. An einem eindrücklichen Zug durch Bern wurde das «Schneckentempo des Frau-

enwahlrechts» mit einer überdimensionierten Schnecke am Zugang sichtbar gemacht.

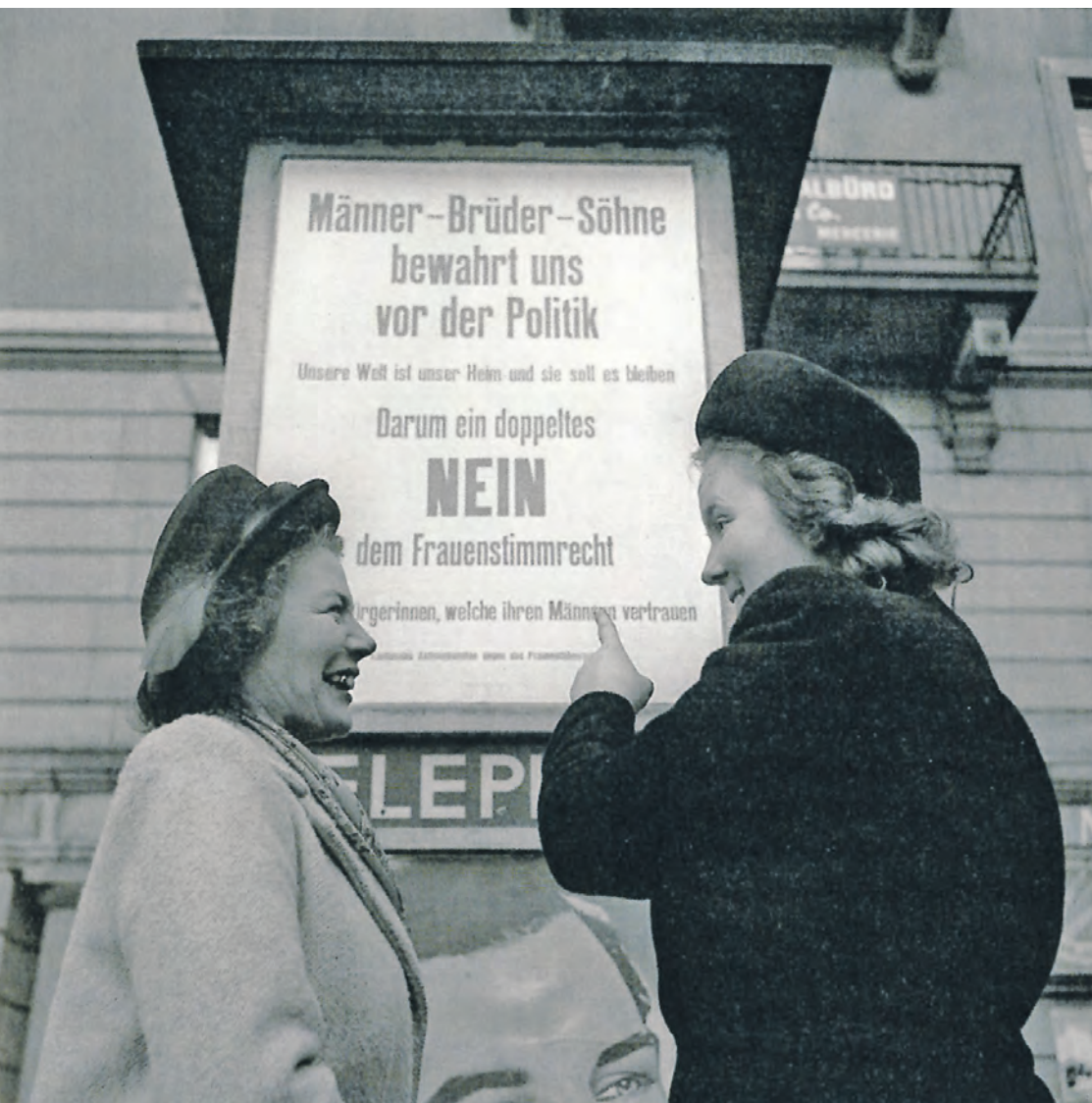
1928 hatten die SP-Frauen der Geschäftsleitung die Planung einer Petition, Initiative oder Motion an die Bundesversammlung vorgeschlagen, die die Partei einstimmig annahm. Allerdings war der Stimmrechtsverein schneller. In einer beispiellosen Sammelaktion für



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint im Oktober die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat-Verlag. Das Buch kann vorbestellt werden unter [www.redboox.ch](http://www.redboox.ch)



# stimmrecht



Zwei Frauen vor einem Plakat gegen das Frauenstimmrecht 1971, welches die Argumente dagegen zusammenfasst.

eine Petition kamen rund 250 000 Unterschriften zusammen. SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen beteiligten sich an der Aktion und der sozialdemokratische Präsident der nationalrätlichen Petitionskommission hatte nach der Einreichung vorgeschlagen, eine Motion an den Bundesrat zu richten. Man einigte sich dann aber mit den Frauenverbänden auf eine unverbindlichere Formulierung, was den politischen Behörden die Möglichkeit zur Schubladisierung der Petition eröffnete.

1944 forderte SPS-Präsident und Nationalrat Hans Oprecht den Bundesrat erneut zum Handeln auf, der Nationalrat nahm sein Postulat an. 1951 schliesslich stimmte der Nationalrat für eine eidgenössische Abstimmungsvorlage, der Ständerat aber lehnte ab.

Erst 1958 beschlossen beide Räte, dem (männlichen) Stimmvolk eine Abstimmungsvorlage zu unterbreiten. Sozialdemokraten, Gewerkschaften, der Landesring und die Partei der Arbeit gaben die Ja-Parole aus. Die Freisinnigen und die Katholisch-Konservativen (heute CVP) beschlossen Stimmfreigabe, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP) beschloss ein Nein. In der Abstimmung wurde das Frauenstimm- und Wahlrecht wuchtig mit 654 939 (67 Prozent) gegen 323 727 (33 Prozent) bei einer Stimmbeteiligung von 67 Prozent verworfen. Nur in drei französischsprachigen Kantonen gab es Ja-Mehrheiten: Waadt (51 Prozent), Genf (60 Prozent) und Neuenburg (52 Prozent). In der Waadt wurde am gleichen Tag das Frauenstimmrecht auf kantonaler und

Gemeindeebene gutgeheissen. Neuchâtel folgte im September 1959, Genf 1960. 1966 folgte Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton. Damit war der Anfang in den Kantonen gemacht. Es folgten Basel-Land (1968), das Tessin (1969), Wallis und Zürich (1970).

## «Der Marsch auf Bern»

Neue Impulse erhielt die Forderung auf Bundesebene 1968, als der Bundesrat plante, die Europäische Menschenrechtskonvention unter Vorbehalt zu unterzeichnen und die Frage des Frauenstimmrechts den Kantonen zu überlassen. Die Mitglieder der Frauenbewegung protestierten heftig. Emilie Lieberherr, Mitbegründerin und erste Präsidentin des Konsumentinnenforums und später Mitglied der SP, war OK-Präsidentin des 1969 organisierten «Marsch auf Bern». 5000 Frauen und Männer demonstrierten vor dem Bundeshaus. Nach einigem Hin und Her zwischen Parlament und Bundesrat wurde eine Abstimmungsvorlage erarbeitet und die Abstimmung auf den 7. Februar 1971 angesetzt.

## Die Abstimmung von 1971

Der Abstimmungskampf selber verlief relativ ruhig. Alle Regierungsparteien und die beiden einflussreichsten Berufsverbände, der Gewerkschaftsbund und der Bauernverband, hatten die Ja-Parole ausgegeben. Es gab auch kaum gegnerische Abstimmungsplakate mehr. Die Vorlage wurde schliesslich vom männlichen Stimmvolk mit 621 109 gegen 323 882 Stimmen (65,7 Prozent) und von 15½ Ständen gegen 6½ Stände angenommen.

Allerdings war damit die Frage in den Kantonen und den Gemeinden noch nicht überall gelöst. Bis 1983 hatten ausser die beiden Appenzell alle Kantone und Gemeinden das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Die Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden entschloss sich schliesslich 1989 doch noch «freiwillig» dazu. Appenzell Innerrhoden musste 1990 von Bundesgericht dazu gezwungen werden, den Frauen gleiche politische Rechte auch im Kanton zu gewähren. Das Bundesgericht konnte sich – anders als bei früheren Entscheidungen – auf den 1981 eingeführten Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung sowie auf den Grundsatz, dass Bundesrecht Vorrang vor kantonalem Recht hat, berufen. Dieses Verdikt wurde schlussendlich auch von Innerrhoden akzeptiert.

# Wofür soll die SP sammeln?

**Ob Familienpolitik, Parteifinzen, Bürgerrecht, Finanztransaktionen, Lohngleichheit oder Unternehmensbesteuerung: Zweifellos besteht überall Handlungsbedarf. Doch zu welchem dieser Themen soll sich die SP in einen Initiativ- und Abstimmungskampf stürzen?**

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat aus einer Fülle von Ideen sechs Projekte ausgewählt, die an der letzten DV vorgestellt wurden. Alle Interessierten können noch bis Mitte September online für ihren Favoriten stimmen. Im Frühling 2014 wird der Parteitag eines dieser Projekte als Volksinitiative lancieren. «links» und die MitinitiantInnen der Projekte stellen euch hier die sechs Projekte vor. Die ersten drei haben derzeit im E-Voting die Nase vorn.

Willst du dies ändern? Oder sicherstellen, dass es so bleibt? Dann gib noch heute deine Stimme für dein Lieblingsprojekt ab!



Reuters/Pascal Lauener

## Für eine Finanztransaktionssteuer

Alle Finanztransaktionen sollen mit einem Satz von mindestens 0,1 Prozent besteuert werden, denn bislang laufen diese Bankgeschäfte steuerfrei ab. Finanztransaktionen werden computerisiert und im Millisekundentakt abgewickelt, dienen nur der Kapitalvermehrung und heizen Wirtschaft und Bankensystem unnötig an. In den USA soll eine Aktie gemäss Bankenspezialist Mark Chesney nach durchschnittlich 22 Sekunden den Besitzer wechseln. Eine Finanztransaktionssteuer (FTT) wird auch europaweit gefordert und derzeit elf EU-Staaten planen sie einzuführen. Die Schweiz soll die FTT im Einklang mit der EU einführen und den gleichen Steuersatz anwenden.

Barbara Gysi, Nationalrätin SG

## Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung

Die Schweiz lockt mit kantonalem Steuereumping Unternehmensgewinne von rund 70 Milliarden pro Jahr ins Land, die in den Herkunftsländern nicht versteuert werden. Die EU akzeptiert das begreiflicherweise nicht mehr. Diese Initiative schlägt nun eine Mindeststeuer für die Unternehmensgewinne auf Bundesebene vor. Sie stoppt so den sozial schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. Die Hälfte der Bundessteuer wird sodann gerecht an die Kantone und Gemeinden zurückverteilt. Ziel ist es, die Einnahmen aus der Gewinnsteuer mindestens gleich hoch zu halten wie heute und die Privathaushalte vor Mehrbelastungen zu verschonen.

Margret Kiener-Nellen, Nationalrätin BE

## Mehr Transparenz bei Parteifinzen

Die Schweiz kennt bis heute keine Regeln in der Parteien- und Abstimmungsfinanzierung. Es gehört zwar zum demokratischen Prozess, dass Verbände und Unternehmen auf die Politik Einfluss nehmen. Entscheidend ist aber, dass mit offenen Karten gespielt wird: Die Stimmbürgerin und der Stimmbürger müssen wissen, woher das Geld für Parteien und Abstimmungskampagnen stammt. Denn durch grosse Geldsummen können Abhängigkeiten entstehen. Das Initiativprojekt will keine Spenden verbieten, sie aber ab einem gewissen Betrag (10 000 Franken) offen legen. Denn mehr Transparenz stärkt auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE

## Familienpolitik für alle!

Familien erbringen für die Gesellschaft unverzichtbare Leistungen. Deshalb will die SP sie stärken und unterstützen. Mit dieser Initiative legen wir die Verfassungsbasis für eine Familienpolitik, die allen nützt. Familien ändern ihre Form über die Zeit und damit verändern sich auch die Bedürfnisse. Wir wollen eine Vereinheitlichung und Erhöhung der Kinderzulagen sowie bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## Für ein zeitgemässes Bürgerrecht

Wir wollen in der Migrationsdebatte und bei der Frage nach der kulturellen Identität von der Defensive in die Offensive gehen und dazu die Bürgerlichen in ihrem argumentativen Kern treffen: der Definition der Mitbürgerin und des Mitbürgers. Es geht darum, die Auffassung davon zu ändern, wer Schweizerin und Schweizer ist. Wir wollen die automatische Einbürgerung der 3. Generation und die erleichterte Einbürgerung der 2. Generation.

## Lohnleichheit jetzt!

Die geschlechterspezifische Diskriminierung ist auf dem Arbeitsmarkt seit zwanzig Jahren allgegenwärtig. Frauen verdienen 18,4 Prozent weniger als Männer. Heute müssen die Opfer selber darüber wachen, dass die Lohnleichheit gewährleistet ist. Aus diesem Grund muss eine Behörde geschaffen werden, welche die Kompetenz hat, Nachforschungen anzustellen und zu intervenieren, und welche auch das Recht hat, einen Prozess anzustrengen.



## VOLKSINITIATIVE

# «Für Mundart im Kindergarten»

Am 22. September 2013 hat die Luzerner Bevölkerung die Möglichkeit entweder die Volksinitiative der JSVP und der SVP «Für Mundart im Kindergarten» oder den Gegenentwurf der Regierung zur Initiative zu unterstützen.

Die Initiative verlangt, dass die Unterrichtssprache auf Kindergartenstufe grundsätzlich Mundart sein soll. Begründet wird dieses Anliegen damit, dass die Muttersprache je länger, je mehr verdrängt werde, weil seit 2006 im Kanton Luzern im Kindergarten der Unterrichtsanteil in hochdeutscher Sprache im Verhältnis zur Mundart etwa  $\frac{2}{3}$  zu  $\frac{1}{3}$  sei. Dies widerspreche dem Volkswillen, da der Souverän des Kantons Luzern mit über 60 Prozent klar Nein zu HarmoS gesagt habe, bei dem der Hochdeutschzwang im Kindergarten ein Bestandteil war. Die Initianten fügen weiter an, dass Mundart Heimat und Identität bedeute und somit eine gesunde Bindung zur Muttersprache ein wichtiger emotionaler Pfeiler in der Entwicklung eines Kindes sei.

## Klare Ablehnung

Die Regierung lehnt die Initiative ab und unterbreitet einen Gegen-

entwurf: Im Kindergarten sollen die beiden Sprachen Mundart und Hochdeutsch gleichwertig gefördert und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Sprachkompetenz sei für eine erfolgreiche Schulkarriere von zentraler Bedeutung, so die Regierung.

Die Initiative war im Kantonsrat chancenlos. Alle Parteien ausser der SVP haben die Initiative abgelehnt und den Gegenentwurf der Regierung unterstützt. Für die SP-Fraktion gehört Mundart zu unserem Kulturgut ebenso wie das Hochdeutsche. Wir lesen und schreiben mehrheitlich auf Deutsch, hören Nachrichten im Radio oder sehen Spielfilme im Kino und Fernsehen in deutscher Sprache. Unsere Kinder wachsen mit der deutschen Sprache auf. Sie ist ihnen nicht

fremd, im Gegenteil. Sie setzen sie früh und mit Freude, beispielsweise in Rollenspielen, freiwillig ein.

## Mundart und Deutsch in sinnvollem Verhältnis

Leiden die Kinder, wie die Initianten argumentieren, wenn sie im Kindergarten von einer deutschsprechenden Lehrperson unterrichtet werden? Wir meinen NEIN.

**Im Kindergarten sollen die beiden Sprachen Mundart und Hochdeutsch gleichwertig gefördert und nicht gegeneinander ausgespielt werden.**

Die Kinder können im Kindergarten sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Es besteht keinerlei Zwang auf Deutsch

zu antworten. In der Realität ist es jetzt schon so, dass die Lehrperson im Durchschnitt ca. je zur Hälfte Hochdeutsch und Mundart spricht. Der Kindergarten hat einen klaren Auftrag, die Kinder an die Schule heranzuführen. Sie sollen deutsche Begriffe kennen lernen, die sie später zum Schreiben und Lesen brauchen. Für fremdsprachige Kinder und Kinder mit bildungsfernem Hintergrund ist ein kompetenter und vor allem interaktiver Umgang mit Hochdeutsch sehr wichtig! Mundart wie Hochdeutsch haben ihre Berechtigung. Der Gegenentwurf zur Initiative, so wie ihn die Regierung vorschlägt, ist vernünftig und kindsgerecht.

## Was gefährdet Mundart?

Geht Mundart verloren, wie die Initianten behaupten? Sprache geht nicht verloren, sie wandelt sich: Begriffe verschwinden, verändern sich und neue Begriffe kommen hinzu. Mit den heutigen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten wie Whats App, SMS, Facebook, usw. erlebt die geschriebene Mundart nicht nur bei den Jugendlichen einen regelrechten Boom. Das Wort «Boom» beispielsweise ist ein typischer englischer Begriff, der sich wie viele andere Begriffe in unserer Mundart durchsetzte und nicht mehr wegzudenken ist. Wenn unsere Mundart wirklich gefährdet ist, dann eher wegen der vielen englischen Begriffe und nicht wegen des teilweisen Deutschunterrichts im Kindergarten! Liebe Initianten der Initiative, «mached ke Fisimatänte!».



Jacqueline Mennel Kaeslin  
Kantonsrätin, Hochdorf

100 JAHRE SP BL

# Von Herzog bis Sommaruga – von Levrat bis de Schepper

**Irgendwie magisch ist sie, die 100-Jahre-Marke, die wir erreichen: Seit 1913 hat sich die SP Baselland zu der grossen, lebendigen Partei entwickelt, die sie heute ist. Das feiern wir gebührend!**

### Im kleineren Rahmen

Das Jubiläumsfest vom 21. September ist in zwei Teile gegliedert: Die angemeldeten Mitglieder und geladenen Gäste treffen sich kurz nach dem Mittag im Muttener Freidorf zu einem Input über genossenschaftliches Bauen. Danach disloziert die Gruppe ins nahe gelegene Coop Bildungszentrum. Der Festakt dort wird von verschiedenen spannenden RednerInnen geprägt: Die Basler Regierungsrätin Eva

Herzog spricht, als weiteren Gast empfangen wir den Präsidenten der SP Schweiz, Christian Levrat, und abgerundet wird dieser Teil vom Journalisten und Theologen Werner de Schepper – heute Chefredaktor bei Tele Bärn (er ersetzt den angekündigten Alex Capus, welcher wegen einer Terminkollision absagen musste). Wir freuen uns auch auf die Präsentation einer Festschrift und die musikalischen Einlagen von Judy Birdland.

### Das Jubiläumsgeschenk an alle

Ab 17 Uhr ist die Feier öffentlich. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hält eine Rede, und die SP Baselland schenkt der Region ein Konzert von Schwellheim! In und um Basel gilt die Band schon längst als Live-Forma-

tion erster Güte. Die Grooves sind lockerleicht, die Beats ultraknackig. Schwellheim schütteln wohlige Hooklines aus dem Ärmel. Und das im Dauertakt. Der Eintritt ist gratis! Für hungrige Bäuche und durstige Kehlen gibt es feine Verpflegungsmöglichkeiten vor Ort. Wir bitten alle, mit dem öV anzureisen. Das Coop Bildungszentrum liegt nur knappe zwei Fussminuten von der 14er-Tramhaltestelle «Freidorf» entfernt.

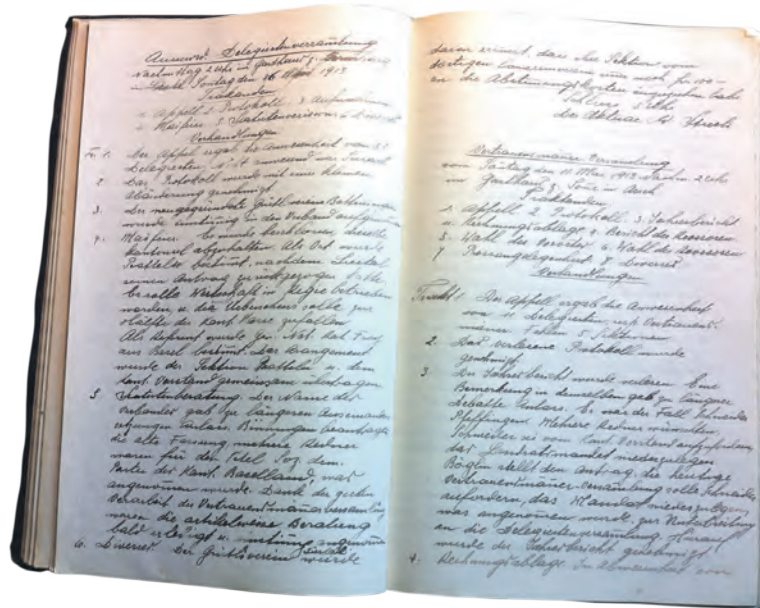
**Lisa Mathys**  
ist politische Sekretärin  
bei der SP Baselland



## 100 Jahre Entfaltung und Vielfalt

Die Wurzeln der Sozialdemokratie im Baselbiet sind vielfältig. Einige gehen zurück auf die Anfänge der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, als sich an verschiedenen Orten Arbeiter und Handwerker in Grütlivereinen zusammaten. Andere führen zur demokratischen Bewegung der 1860er-Jahre oder der Abhaltung eines Kongresses der 1. Arbeiterinternationale in Basel 1868, als in unserer Region verschiedene Arbeitervereine gegründet wurden. Wiederum andere führen zum Arbeiter- und Bauernbund, der 1892 im Baselbiet gegründet worden war. Woher auch immer diese Strömungen kamen und wie auch immer sie hiessen: Seit 100 Jahren traten und treten sie als Sozialdemokratische Partei Basel-land auf.

Dieses runde Jubiläum nehmen wir am 21. September 2013 zum Anlass, dieser Geschichte zu gedenken. Es ist eine Geschichte, in der die SP BL als gestaltende Kraft die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Kantons mitbestimmt hat. Spätestens seit im Jahr 1925 Jakob Mosimann als erster Sozi-



Gründungsprotokoll der SP Baselland, 16. April 1913

aldemokrat in die Baselbieter Regierung eingezogen ist. Aber nicht nur in der Kantonsregierung hat die Sozialdemokratie soziale und politische Verantwortung übernommen. Auch in zahlreichen Gemeinderäten, im Landrat und in unzähligen Kommissionen und Schulräten. Auch der mit der Sozialdemokratie eng verbundene Genossenschaftsgedanke – verkörpert im ersten SP-Nationalrat und

Genossenschaftspionier Stephan Gschwind – hat im Baselbiet eine prägende Rolle gespielt, von den Consumvereinen über die Elektra Birseck bis zur Siedlung Freidorf und späteren Wohnbaugenossenschaften.

Einen besonderen Beitrag hat die SP für den Ausbau der Bildungs- und Kulturpolitik im Baselbiet geleistet. Eine lange Reihe von SP-Bildungsdirektoren – lei-

der sass bisher noch nie eine Frau für unsere Partei in der kantonalen Exekutive – von Otto Kopp über Leo Lejeune, Paul Jenni, Peter Schmid bis zu Urs Wüthrich – hat seit Mitte des letzten Jahrhunderts den Ausbau des Schulwesens vorangetrieben, das Baselbiet zum Universitätskanton gemacht und der Kultur- und Sportförderung Impulse verliehen. Nicht vergessen – aber angesichts der zögerlichen Politik seiner NachfolgerInnen in der Wirkung leider verblasst – sind auch die Pionierjahre in der Umweltschutz- und Energiepolitik unter Regierungsrat Edi Belser.

Diese Geschichte ist kein Ruhekiten, sondern Verpflichtung, Verpflichtung, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts innovativ anzugehen und uns von der sozialdemokratischen Gestaltungskraft der letzten 100 Jahre inspirieren und motivieren zu lassen.



**Ruedi Brassel**  
ist Historiker und Sekretär  
der SP Baselland



KEIN ZUGANG MEHR FÜR ASYLSUCHENDE

## Sparen statt Integrieren

**Im Mai schloss das Departement Bildung, Kultur und Sport Asylsuchende im Verfahren von der Kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) aus. Diesen unbegreiflichen Beschluss bekämpften das Netzwerk Asyl, Hilfswerke, der vpod, SP und Grüne mit einer Petition.**

«Ich bin ein 17-jähriger Jugendlicher aus Somalia und bin alleine in der Schweiz. Ich habe mich (...) für die Kantonale Schule für Berufsbildung angemeldet, weil ich lernen will und einen Beruf haben möchte. Dass ich nicht in die Schule gehen kann (...), macht mich traurig.» Mit diesen Worten hat sich ein junger Asylbewerber an den Kanton gewandt. Er war für das zweijährige Integrationsprogramm angemeldet, das die kantonale Schule für Berufsbildung (KSB) Jugendlichen anbietet, die noch keine Lehrstelle haben. Die KSB liess zu diesem Programm auch junge Asylsuchende mit Status N zu, deren Gesuch noch hängig ist.

Es wurde aber nichts aus der Hoffnung des jungen Mannes, in der Schweiz etwas zu lernen und seine Zeit, die vor allem aus Nichtstun und viel Langeweile besteht, sinnvoll zu nutzen. Denn in einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat das zuständige Departement beschlossen, die jungen Asylbewerber nicht mehr zum Integrationsprogramm zuzulassen – offenbar aus finanziellen Gründen und weil es für die Aufnahme keine Rechtsgrundlage gebe. So berichtete jedenfalls die Aargauer Zeitung. Denn vom Kanton war nichts zu erfahren. Wenn sich nicht der Verein Netzwerk Asyl und die Hilfswerke Caritas und HEKS der Sache angenommen hätten, hätte wohl niemand erfahren, dass zahlreiche junge Menschen – schon angemeldet oder mitten im Programm – jetzt auf der Strasse stehen.

Der Entscheid ist unfair für die Betroffenen, die sich bemühen, aus ihrer schwierigen Situation das Beste zu machen. Die KSB half ihnen dabei unbürokratisch und pragma-

tisch. Die Möglichkeit zum Schulbesuch hat vielen der jungen Menschen eine Perspektive eröffnet. Ohne Beschäftigung dagegen ist die Gefahr gross, dass sie in Kleinkriminalität oder Depression abgleiten. Der Entscheid ist auch unsinnig: Die Erfahrung zeigt, dass die meisten Schülerinnen und Schüler mit Aufenthaltsstatus N aufgenommen werden. Das Integrationsprogramm der KSB gibt ihnen das Rüstzeug für eine Berufslehre und ist ein Ausweg aus der Sozialhilfe. Und die wenigen, die die Schweiz verlassen müssen, können in der Heimat mit dem Gelernten eine Zukunft aufbauen.

Die vermeintliche Sparübung ist damit alles andere als nachhaltig. Sie gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was noch folgen kann, wenn in den nächsten Jahren die Kantonsfinanzen knapper werden, weil man mit immer neuen Steuersenkungen die Gutverdienenden entlastet. Und die traurige Routine: Gespart wird immer zuerst bei denen, die sich am wenigsten wehren können.

Mit einer Petition, die über 1000 Mal unterschrieben wurde, zeigen die Hilfswerke und der vpod jetzt dem Kanton die rote Karte. Und zusammen mit anderen Fraktionen verlangt die SP im Grossen Rat Antworten auf die drängendsten Fragen. Es wird sich zeigen, ob die Regierung lernfähig ist ...

**Dieter Egli** von Windisch ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau und Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.



### KOMMENTAR

#### Kohle statt Würde und Respekt?

Anfang Juni wurde ich am gleichen Wochenende mit folgenden Themen konfrontiert: Unterschriftensammlung zur Volksinitiative AHVplus, Anfrage für eine Veranstaltung zur Mindestlohninitiative, Streik bei SPAR in Baden-Dättwil und Abstimmung über Ladenöffnungszeiten im Kanton Luzern. Als ich am Montag darauf im Zug zur Sommersession nach Bern sass, kreisten meine Gedanken noch einmal um diese Themen. Die Unterschriftensammlung in der Badstrasse für eine zehnpromzentige AHV-Aufbesserung, die Vorbereitungen auf das Podium zur Mindestlohninitiative, die Teilnahme am Solidaritätsfest für die SPAR-Angestellten in Baden und die Nachricht über das Nein des Stimmvolkes in Luzern zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten: Was hat das alles miteinander zu tun?



Als ich Unterschriften für die Volksinitiative AHVplus sammelte, war die meist gestellte Frage: Wer finanziert das? Wenn ich mich an Podien für die Mindestlohninitiative engagiere, kommt oft die Frage: Ist das finanziell verkraftbar? Als es um den Streik bei Spar ging, wurde sofort gefragt: Wer bezahlt den Umsatzausfall? Wenn es um die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten geht, ist das Argument «Umsatzsteigerung» zuvorderst.

Sind dies alles finanzpolitische Themen? Geht es nur um die Kohle? Nein, da halte ich dagegen: Bei allen diesen Themen geht es vor allem um Fairness, um Würde und um Respekt. Es geht um existenzsichernde Renten. Um ein Einkommen zum Auskommen. Um faire Anstellungsbedingungen. Und es geht darum, dass die Nacht nicht immer mehr zum Arbeitstag und der Sonntag nicht zum normalen Werktag wird.

Sind dies alles finanzpolitische Themen? Geht es nur um die Kohle? Nein, da halte ich dagegen: Bei allen diesen Themen geht es vor allem um Fairness, um Würde und um Respekt. Es geht um existenzsichernde Renten. Um ein Einkommen zum Auskommen. Um faire Anstellungsbedingungen. Und es geht darum, dass die Nacht nicht immer mehr zum Arbeitstag und der Sonntag nicht zum normalen Werktag wird.

**Max Chopard-Acklin** von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.

# Unklare Zukunft von Mühleberg

**Das AKW Mühleberg soll bis 2017 nachgerüstet werden, ansonsten muss es vom Netz. Die Zukunft des Atomreaktors ist aber unklarer denn je. Hierzu trägt neben kürzlichen Bundesgerichtsentscheiden und der ambivalenten Haltung von BKW und zuständigen Behörden auch die politische Situation im Kanton Bern bei.**

**Bundesgericht beurteilte Sicherheit nicht**  
2013 urteilte das Bundesgericht (BGer) über zwei Beschwerden gegen das AKW Mühleberg. Diese waren von Privaten mit Unterstützung des Vereins Mühleberg-Verfahren eingereicht worden.

Im März gab das Bundesgericht dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Recht, welches Ende 2009 dem AKW Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung erteilt hatte, und verurteilte die Beschwerdeführenden zu immensen Kosten. Das BGer ging dabei auf Sicherheitsfragen nicht ein. Weiter urteilte das BGer, allein das ENSI sei für die Sicherheitsprüfung bei den AKW zuständig – eine klare Absage an das 4-Augen-Prinzip bei der Sicherheitsüberprüfung. Im Juni 2013 hingegen gab das Bundesgericht den Beschwerdeführenden Recht, welche kurz nach dem GAU von Fukushima vom UVEK die «materielle Überprüfung der Betriebsbewilligung des AKW» verlangt hatten. Wie die Überprüfung ablaufen muss, wurde vom BGer aber nicht festgelegt, und den Beschwerdeführenden und dem Verein Mühleberg-Verfahren wurde bisher der Zugang zu den Akten des AKW verweigert.

## Nachrüstungen bis 2017 verlangt

Unklarheit herrscht auch bezüglich der Umsetzung der Nachrüstungen des AKW Mühleberg. Ende 2012 hatte das Eidg. Nuklearsicherheitsinstitut (ENSI) von der Betreiberin BKW bestimmte Nachrüstungen bis 2017 verlangt. Dies, nachdem das ENSI der BKW immer wieder Aufschub bezüglich Sicherheitsmassnahmen

Jürg Joss



Der Stacheldraht rund um das AKW Mühleberg schützt zwar das AKW, nicht aber die Anwohner.

gewährt hatte. Die BKW hat beim ENSI den Umsetzungsplan für die Nachrüstungen inzwischen eingereicht. Ob diese tatsächlich umgesetzt werden, bleibt allerdings unsicher. So hat das UVEK erst kürzlich verfügt, dass die BKW ein Baubewilligungsverfahren für die Nachrüstungen durchzuführen hat.

## Initiative «Mühleberg vom Netz» hängig

Die Unsicherheit über die Zukunft des AKW Mühleberg hängt auch mit der politischen Situation im Kanton Bern zusammen. Dort ist die Initiative «Mühleberg vom Netz», welche die sofortige Abschaltung des AKW verlangt, weiterhin hängig. Der Regierungsrat hat inzwischen einen Gegenvorschlag entworfen und wird diesen nach abgeschlossener Vernehmlassung dem Grossen Rat des Kantons Bern vorlegen. Wann die Berner Stimmbewohner

über die Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag abstimmen darf, ist unklar. Bürgerliche versuchen Initiative und Gegenvorschlag zu diskreditieren. Die BKW muss vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung die geforderten Nachrüstungen des AKW Mühleberg betriebswirtschaftlich abschätzen. Ob das AKW Mühleberg noch lange genug in Betrieb sein wird, um allfällige Investitionen zu amortisieren, ist fraglich.

## Unklare Energiezukunft

Die Energiediskussion im Kanton Bern wird durch die kürzlichen Entscheide des Bundesgerichts, die unklare Position der BKW und die zwiespältige Haltung des ENSI weiter angeheizt werden. Auch die Unsicherheit, ob und allenfalls wann wir über die Initiative «Mühleberg vom Netz» abstimmen werden, trägt hierzu bei. Dabei ist schon jetzt klar: Für allfällige Fehlentscheide in der Atompolitik wird nicht die BKW oder eine bestimmte Behörde, sondern die gesamte Berner Bevölkerung bezahlen müssen.



**Jürg Joss**, Automationstechniker, Präsident Muehleberg-Verfahren, Gemeinderat Bätterkinden (SP).

## UNTERSTÜTZE DEN VEREIN MÜHLEBERG-VERFAHREN!

Dem Verein Mühleberg-Verfahren sind durch die Verfahren vor Bundesgericht enorme Kosten erwachsen. Er will sich allerdings deswegen nicht mundtot machen lassen! Unterstützen Sie deshalb die AnwohnerInnen im Kampf gegen das AKW Mühleberg mit einer Mitgliedschaft oder Spende!

**Mitglied werden:** muehleberg-verfahren.ch

Mühleberg-Verfahren/Muehleberg-illimite-non, Postfach 6307, 3001 Bern,

**Spenden:** Comité Non à la prolongation de la centrale nucléaire de Mühleberg, 1000 Lausanne, PC-Konto 10-737992-7

# Fairness statt Schwarzarbeit

**Menschen, die im Alter in ihren vier Wänden wohnen bleiben wollen, werden immer öfter von Pflegerinnen aus Osteuropa betreut. Deren Arbeitsbedingungen sind teilweise miserabel. Die Arbeitsverhältnisse zu kontrollieren ist schwierig.**

Die Zahl der Pflegebedürftigen, die zuhause leben, nimmt zu. Häufig müssen sie rund um die Uhr betreut werden. Die Angehörigen sind jedoch oft nicht in der Lage, die Betreuungsarbeit selber zu leisten. Betreuung und Besorgung des Haushaltes sind nicht kassenpflichtig, was hohe private Kosten verursacht.

Vor allem Frauen aus Osteuropa füllen derzeit diese Versorgungslücke. Agenturen, die Personal zur Altersbetreuung «verleihen», schiessen wie Pilze aus dem Boden und füttern sich dabei häufig um geltende Gesetze. Häufig sind die Arbeitsverhältnisse miserabel. Weder die Arbeitnehmerinnen noch die Pflegebedürftigen wissen, was auf sie zukommt. Die Frauen erhalten keine oder unverbindliche Arbeitsverträge, die Löhne sind tief, die Arbeitsplätze unsicher, die Kündigungsfristen kurz.

Die Arbeitszeiten hingegen sind lang. Der Arbeitstag endet nie. Dadurch sind die Betreuerinnen sozial isoliert und es steht ihnen wenig oder gar keine Privatsphäre zur Verfügung. Oft sind diese Frauen gut qualifiziert, besitzen aber keine pflegerische Ausbildung. Für die Betreuung von Demenzzkranken, Patienten mit Parkinson oder nach einem überstandenen Schlaganfall braucht es aber erfahrene und gut



ausgebildete Pflegekräfte, die auch die Landessprache kennen.

Gewerkschaften und Caritas Schweiz haben sich der unbefriedigenden Situation angenommen und unterstützen die «Hausarbeiterinnen» im Kampf für ihre Rechte. Wie alle Arbeitnehmenden sollen auch diese Frauen faire Löhne und saubere Arbeitsverträge er-

halten und sozial abgesichert sein. Sie müssen wissen, was sie erwartet und welche Rechte ihnen zustehen. Auch die Pflegebedürftigen und ihre Familien sind darüber aufzuklären, welche Leistungen sie erwarten können und welche nicht. Das heisst: Fairness, Sicherheit und Klarheit schaffen – für die Gepflegten, ihre Familien und die Pflegerinnen. Wichtig ist, die Privathaushalte dem Arbeitsgesetz zu unterstellen, wie das die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verlangt. Der Bundesrat will diese ratifizieren. Ich erwarte vom Parlament, dass es dieser Konvention zustimmt, damit wir uns zu einer Gesellschaft entwickeln, in dem ein würdiges Leben im Alter möglich ist, ohne Hausarbeiterinnen auszunützen. Der verbreitete Wunsch, den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen, muss anders als durch die Etablierung prekärer Arbeitsverhältnisse erfüllt werden.



**Bea Heim** ist Nationalrätin aus dem Kanton Solothurn

## CLEANTECH-INITIATIVE

# Eine Erfolgsgeschichte

**Das Initiativkomitee hat die Cleantech-Initiative zurückgezogen. Zuvor hatten sich die Delegierten der SP mit überwältigendem Mehr für den Rückzug ausgesprochen. Nun ist der Weg frei für den ersten Schritt zur Energiewende.**

Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments tritt nur in Kraft, wenn die Cleantech-Initiative zurückgezogen oder abgelehnt wird. Wer glaubt, die SP habe sich zwischen dem Spatz in der Hand und der Taube auf dem Dach entscheiden müssen, täuscht sich. Die SP wählte mit dem Gegenvorschlag die Taube in der Hand! Denn der Gegenvorschlag ist ein echter Erfolg.

Er ermöglicht es, in den nächsten Jahren mit der kostendeckenden Einspeisevergütung rasch etwa 10000 Projekte für Sonnenenergienutzung zu realisieren. Hinzu kommen werden weitere Anlagen, die dank der neuen Eigenverbrauchsregelung ohne Fördermittel rentabel gebaut werden können. So können Jahr für Jahr schätzungsweise 300 Megawatt erneuerbare Stromproduktion realisiert wer-

den. Das entspricht jährlich annähernd der Leistung des Atomkraftwerks Mühleberg.

Das ist ein historischer Fortschritt. Seit gut 40 Jahren kämpft die SP gegen Atomkraftwerke und für eine nachhaltige Energieversorgung. Wir wollen eine dezentrale Energiewirtschaft, an der alle und nicht nur wenige teilhaben können. Das Geld für die Energieträger soll in den Regionen bleiben und nicht an Rohstoffhändler in ferne Länder abfliessen.

Der Gegenvorschlag tritt bereits ab 1. Januar 2014 in Kraft. Ohne ihn würde die Energiewende abrupt unterbrochen. Denn die riesige Warteliste für Projekte zur Herstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen wäre ab nächstem Jahr im Bereich Sonnenenergie vollständig blockiert. Hunderte von KMUs, die sich auf die Sonnenenergie eingestellt, inves-

tiert und Angestellte ausgebildet haben, würden mit leeren Auftragsbüchern dastehen. Der Rückzug der Initiative macht den Weg frei, dass diese Unternehmen weiter wachsen können.

Die SP hat sich dank der Cleantech-Initiative als Mitgestalterin der Energiewende etabliert. Dies dank all den GenossInnen, die mit viel Einsatz die Unterschriften gesammelt, und dank all den Menschen, die die Initiative unterschrieben hatten. Sie alle haben den Grundstein für diesen Erfolg gelegt.



**Beat Jans** ist Nationalrat aus dem Kanton Basel-Stadt

# Mach mit: 10 000 Fahnen für die 1:

Schon bald ist es soweit: Noch rund 90 Mal schlafen, dann legen wir den Abzockern endgültig das Handwerk. 10 000 Fahnen sollen zeigen, dass es uns ernst ist.

Gemeinsam wollen wir zum Kampagnenstart ein unübersehbares Zeichen setzen. Wir wollen zeigen, dass wir genug davon haben, dass sich ein paar wenige auf Kosten aller anderen schamlos bereichern. Wir wollen klarmachen, dass wir die immer gleichen Ausflüchte satt haben und dass die 1:12-Initiative der leidigen Abzockerei tatsächlich einen Riegel schieben kann.

Ein konkretes Beispiel: Würde beim Schoggi-Konzern Lindt & Sprüngli der 6,9-Millionen-Lohn von CEO Ernst Tanner auf das Zwölfwache des kleinsten Lohnes im Unternehmen gekürzt, könnte sämtlichen Mitarbeitenden eine stattliche Lohnerhöhung von 440 Franken pro Monat gewährt werden.

Damit wir die Abzocker am 24. November tatsächlich stoppen können, braucht es deinen Einsatz. Economiesuisse und der Gewerbeverband mögen für ihre Angstmacher-Kampagne Millionen haben, wir aber haben euch. Und ihr habt – neben ordentlich Wut im Bauch

– Balkone, Fenstersimse, Garagentore und Gartenzäune. Und genau dort – überall in der Schweiz –, sollen die roten Fahnen mit 1:12-Logo flattern und hängen.

Wir sorgen dafür, dass die Fahne umgehend per Post zu dir nach Genf, Zerne, Basel, Mendrisio oder sonst wohin kommt. Je früher sie

**Economiesuisse mag Millionen haben, wir aber haben euch.**

deinen Balkon schmückt und deine Nachbarn entzückt, desto besser. Deshalb: Zeig Flagge für gerechte Löhne und bestelle deine 1:12-Fahne am besten gleich jetzt:

→ [www.1-zu-12.ch/fahne](http://www.1-zu-12.ch/fahne)



Stefan Krattiger leitet die Kampagnen- und Kommunikationsabteilung der SP Schweiz



Und wo hängst du deine 1:12-Fahne hin?

# Strassenaktion für mehr Lohngere

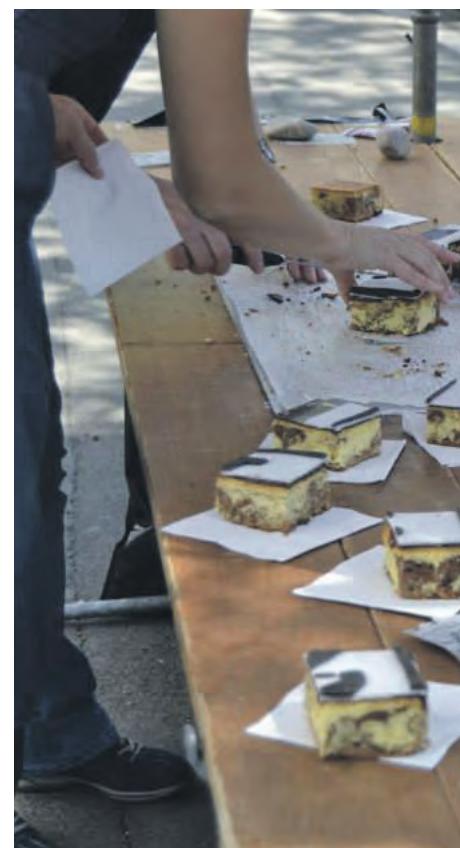
**Wie kann man die Lohnungleichheit am besten bildlich darstellen? Richtig: Mit einem Kuchen. Jede und jeder hat sich ein Stück davon verdient.**

An einem warmen Samstag im Juni haben junge Mitglieder der SP und der JUSO auf dem Limmatplatz in Zürich einen übergrossen Kuchen in Stücke geschnitten

und verteilt. Diese Aktion hatte das Ziel, die PassantInnen auf die 1:12-Initiative der JUSO aufmerksam zu machen, welche am 24. November zur Abstimmung

kommt. Zwanzig JungpolitikerInnen organisierten im Rahmen des «Junge Perspektiven»-Programms diese Aktion und führten sie mit viel Motivation durch.

Zwei Wochen vor der Kuchenverteil-Aktion trafen sich die zwanzig Teilnehmenden in Bern. In einem ganztägigen Workshop wurden ihnen die wichtigsten Grundlagen für die Planung und Durchführung von erfolgreichen Kampagnen vermittelt. Am späten Nachmittag erhielten sie dann Zeit, um sich selbst eine Aktion für die 1:12-Initiative auszudenken. Die finanziellen Mittel, ebenso wie die Vorbereitungszeit, waren sehr beschränkt, denn das Datum zwei Wochen später stand bereits fest. Nichtsdestotrotz erarbeiteten die jungen PolitikerInnen in kleinen Gruppen innert kürzester Zeit mehrere Ideen. Diese stellten sie sich gegenseitig vor und planten dann gemeinsam die Strassenaktion. Am Ende des Tages wurden die Aufgaben verteilt.



ANZEIGE



**Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.**

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

[www.oikocredit.ch](http://www.oikocredit.ch)  
044 240 00 62



# 12-Initiative



## chtigkeit



Denn das nächste Mal sahen sie sich erst am Samstag der Aktion wieder.

Am 15. Juni war es dann so weit. Am frühen Nachmittag trafen sich die Programmteilnehmenden am Hauptbahnhof Zürich und gingen gemeinsam zum Limmatplatz. Dort angekommen, bauten sie einen Stand auf. Der Kuchen traf kurze Zeit später ebenfalls ein

und konnte in Stücke geschnitten werden. Dann strömten die JungpolitikerInnen voller Tatendrang aus und verteilten während zwei Stunden rund 400 Kuchenstücke an die vorbeigehenden PassantInnen, gemeinsam mit einem Flyer und dem Hinweis: «Jeder hat ein Stück vom Kuchen verdient, aber niemand braucht den ganzen.»

mf, Junge Perspektiven

### Junge PERSPEKTIVEN

#### Nachwuchsförderung der SP

Der SP Schweiz ist die Nachwuchsförderung ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit der JUSO hat sie mit «Junge Perspektiven» ein interessantes Programm für junge Polit-Talente erarbeitet, welches jährlich durchgeführt wird. Die Teilnehmenden erhalten thematische Weiterbildungen durch Aushängeschilder der SP Schweiz, können ihre rhetorischen Fähigkeiten verbessern und den richtigen Umgang mit den Medien üben. Ebenso lernen sie, wie Kampagnen geplant und durchgeführt werden. Das Programm für 2014 sowie weitere Informationen sind im Dezember hier im «links» zu finden und gleichzeitig auf der Programmwebsite: [www.spschweiz.ch/perspektiven](http://www.spschweiz.ch/perspektiven).

### KNALLROT



**Yvonne Feri**  
ist Nationalrätin AG und  
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Ich stehe aus vielen Gründen für ein Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht ein, zwei davon möchte ich aber hervorheben:

Ein Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht ist auch ein Ja zu einer zeitgemässen Familienpolitik: Familienrealitäten haben sich in den letzten Jahren stark verändert – es gibt Ein- und Doppelverdiener-Familien, Eineltern- und Patchworkfamilien und unterschiedliche intergenerationelle Betreuungsmodelle. Kinderbetreuung und die Pflege von älteren oder kranken Angehörigen ist nicht mehr einfach Frauenangelegenheit, sondern wird auch vermehrt von Männern getragen. Die Wehrpflicht schafft hier ungleiche Voraussetzungen aufgrund einer Geschlechtersegregation: Die vollständige Absenz eines Familienmitglieds, sei es während der militärischen Grundausbildung oder der Wiederholungskurse, ist für den Betreuungsmarathon, den Familien bereits leisten, ein zusätzlicher Hürdenlauf. Gleichzeitig zementiert die Wehrpflicht das konservative Familienmodell, bei dem ein Elternteil (meistens die Frau) dauernd zu Hause präsent ist, den Grossteil der Betreuungsarbeit unbezahlt leistet und dem anderen so den Rücken freihält. Diese Aufgabenteilung findet aber nur noch bei knapp einem Fünftel der Familien in der Schweiz statt. Statistisch ist das eine Minderheit. Die Armee muss ihr veraltetes Familienmodell über Bord werfen.

Ein Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht ist auch ein Ja zu einer zeitgemässen Gleichstellungspolitik: Wir setzen uns für einen freiwilligen Wehrdienst für beide Geschlechter ein, ziehen es aber vor, mehr Geld in die Friedenssicherung als in Waffen und Kriegsvorbereitung zu investieren. Wir brauchen nicht tausende von Soldatinnen und Soldaten und einen Überbestand an teuren Waffensystemen, sondern eine Armee, die dem Frieden dient! Militärdienstleistende Frauen und Männer müssen deshalb über exzellente psychologische und technische Fähigkeiten verfügen, gesellschaftliche Prozesse verstehen und eine entsprechend sorgfältige Ausbildung durchlaufen. Selbstredend setzen diese hohen Anforderungen auch eine grosse intrinsische Motivation der Auszubildenden voraus, eine Motivation, die nur auf der Basis der Freiwilligkeit erreicht werden kann. Deshalb ist ein freiwilliger Wehrdienst für beide Geschlechter die sinnvollste Lösung und deshalb stimmen die SP Frauen Ja am 22. September 2013.

## WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

# Von der Theorie zur Praxis

«Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen.» So beantwortet das SP-Parteiprogramm von 2010 die Frage, was es bedeute, die Wirtschaft zu demokratisieren. Wirtschaftsdemokratie will die Wirtschaft, also jenen Bereich, in dem Reichtum geschaffen

und ökonomische Macht verteilt wird, unter demokratische Kontrolle und Mitbestimmung stellen.

Die Frage, was Wirtschaftsdemokratie denn konkret bedeutet und welche Politik sich daraus ableitet, stand Anfang Juli im Fokus einer von der SP Schweiz und der «Foundation for

European Progressive Studies» (FEPS) organisierten Tagung. Internationale ExpertInnen aus Wissenschaft und Forschung diskutierten während zwei Tagen im Zürcher Volkshaus mit SP-ParlamentarierInnen und weiteren Interessierten über Bedeutung und praktische Umsetzung des Begriffs «Wirtschaftsdemokratie».



**Willy Spieler, du hast massgeblich zur Aufnahme der Wirtschaftsdemokratie ins SP-Parteiprogramm beigetragen. Was ist das Ziel der Wirtschaftsdemokratie?**

Es geht mehr um eine Zielrichtung. Vom Arbeitsplatz über die Betriebe und Unternehmungen bis zur staatlichen und internationalen Wirtschaftspolitik sollen die Menschen über all die Fragen entscheiden können, die für sie und für kommende Generationen wichtig sind. Heute erleben wir, wie der globalisierte Kapitalismus nicht nur die Ökonomie immer einseitiger bestimmt, sondern sich auch die Politik immer mehr unterwirft. Ich behaupte: Das Überleben der politischen Demokratie setzt die Wirtschaftsdemokratie voraus.

**Was wären konkrete Massnahmen?** Unser neues Parteiprogramm sieht eine breite Palette solcher Massnahmen vor. Ich würde mit der Stärkung der Genossenschaften beginnen, etwa der Verdopplung des Anteils der Wohnbaugenossenschaften in der Schweiz auf zehn Prozent (bis 2020!) sowie dem KMU-Fonds, der Betriebe, die keine Nachfolge finden, in Genossenschaften umwandeln soll. Hinzukommen muss die Demokratisierung von Grossgenossenschaften wie Migros und Coop

durch Transparenzvorschriften und echte Mitentscheidungsrechte aller Stakeholder, insbesondere der Mitarbeitenden.

**Genossenschaften hätten es auf dem freien Markt trotzdem schwer. Braucht es nicht auch Veränderungen auf institutioneller Ebene?**

Immerhin gibt es das Beispiel des Genossenschaftskonzerns «Mondragón» im Baskenland, der sich mit nahezu 100 000 Beschäftigten gerade in Zeiten der Krise bewährt. Gewiss braucht eine «sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie» auch auf der Makroebene neue Institutionen. Wenn das Parteiprogramm das Kapital der Sozialversicherungen einem Industriefonds für den ökologischen Umbau der Wirtschaft anvertrauen will, ist das ein guter Ansatz. Warum nicht das ganze Pensionskassenkapital für diesen Zweck umwidmen und einem demokratisch legitimierten Wirtschafts- und Sozialrat unterstellen?

**Die Bodenfrage wurde an der Tagung mehrfach angesprochen. Ist der Übergang zu einer demokratischen Wirtschaft ohne Bodenreform überhaupt denkbar?**

In der Wirtschaftsdemokratie liegt das Verfügungseigentum über Grund und Boden bei der öffentlichen Hand. Wie diese dann die Nutzungsrechte zuteilt, inwiefern sie auch frei gehandelt werden können, sind Fragen, die eine kommende Generation entscheiden muss und hoffentlich auch entscheiden wird.

**Willy Spieler**, SP-Mitglied seit 1965, ist ehemaliger Kantonsrat und SP-Fraktionschef in Zürich und war wesentlich an der Ausarbeitung des SP-Parteiprogramms beteiligt.



**Alex Demirović, an der Tagung war oft von einem Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte die Rede. Die Erfahrung in der Schweiz ist aber zeitweise eine andere, mehr direktdemokratische Mitsprache bedeutet nicht zwangsläufig eine sozialere Politik.**

Das stimmt, die Bürgerinnen und Bürger stimmen manchmal gegen ihre eigenen Interessen – oder bestimmte Aspekte ihrer Interessen. Zum Beispiel lehnte eine klare Mehrheit des Stimmvolks einen Ausbau des Mieterschutzes ab, obwohl zwei Drittel selbst Mieter sind. In wirtschaftlichen Fragen liegt das unmittelbare Interesse als Arbeitnehmer, Stichwort Verlust von Arbeitsplätzen, den Menschen näher.

**Was wären denn Ihrer Meinung nach konkrete Schritte, um auch die Wirtschaft demokratischer zu gestalten?**

Ein erster Schritt wäre sicher, die Mitbestimmung innerhalb der Unternehmen zu stärken. Die Mitarbeitenden müssen stärker gehört werden, nicht nur in genossenschaftlich organisierten Betrieben, sondern zum Beispiel auch in der Dienstleistungs- oder der Finanzbranche.

**Und die weiteren Schritte? Auf einer höheren Ebene bräuchte**

es einen Regulierungsrahmen für Investitionen. Eine branchenbezogene Strukturpolitik wäre wichtig, ebenso ein Investitionsfonds unter öffentlicher Kontrolle, um damit gezielt Unternehmen mit solidarischen und ökologischen Zielen zu fördern. Eine konkrete Massnahme wäre auch die Schaffung einer Bürgerversicherung, die wirklich alle Risiken abdeckt und nicht gewinnorientiert wirtschaftet. Eine solche Versicherung müsste in dem Sinne öffentlich sein, dass Budget und Leistungskatalog in demokratischen Verfahren festgelegt werden.

**Stichwort demokratische Verfahren: Als Politologe haben Sie sich auch Gedanken über die Ausgestaltung der demokratischen Instrumente in einer Wirtschaftsdemokratie gemacht.**

Das muss je nach Unternehmen angepasst werden, ein Grosskonzern braucht andere Regeln als ein kleines Familienunternehmen. Heute bestimmen die privaten Entscheidungen von ganz wenigen über wichtige wirtschaftliche Prozesse, die alle betreffen. Das ist ja nichts anderes als eine Privatisierung der gesellschaftlichen Planung zum Nutzen weniger. Hier müsste der demokratische Gesetzgeber Regeln vorgeben, wie Mitarbeitende und Konsumenten an den Entscheidungen zu beteiligen sind.

**Alex Demirović** lehrt an zahlreichen Hochschulen, u. a. auch an der Uni Basel, Politikwissenschaften und gilt als einer der profiliertesten Vertreter der kritischen Gesellschaftstheorie.

Interviews: Michael Sorg



Auf dem Parteisekretariat der SP Basel-Stadt ist infolge eines Stellenwechsels per 1. November 2013 oder nach Vereinbarung eine Stelle neu zu besetzen:

### POLITISCHE/R PARTEISEKRETÄR/IN 60% (EVTL. 70%)

Zu den Aufgaben, die Sie zusammen mit dem bestehenden Team von drei Mitarbeitenden wahrnehmen, gehört schwerpunktmässig die Koordination und Begleitung politischer Themen. Sie sind verantwortlich für die interne und externe Kommunikation (inklusive Homepage und Social Media), die Unterstützung der Grossratsfraktion und die Koordination/Betreuung der Delegiertenversammlung. Die Mitarbeit bei Wahl- und Abstimmungskampagnen sowie die Kontaktpflege zu den Mitgliedern und zu anderen Parteien und Organisationen gehören ebenfalls zu Ihrem Arbeitsgebiet.

Für die abwechslungsreiche und herausfordernde Aufgabe erwarten wir Erfahrung in Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit mit entsprechendem Leistungsausweis, gute organisatorische Fähigkeiten und ein ausgesprochenes Interesse an politischen Prozessen. Sie sind vertraut mit den politischen Anliegen und Zielen der Sozialdemokratischen Partei und können sich mit diesen identifizieren.

Sie bringen für diese Tätigkeit zudem eine dienstleistungsorientierte, selbständige Arbeitsweise, eine hohe Flexibilität (Abend-sitzungen, punktuelle Wochenendeinsätze), Teamfähigkeit und das Gespür für die Rolle eines professionellen Sekretariats in einer demokratisch organisierten Partei mit. Sie sind kommunikativ und engagiert. Erfahrungen in Non-Profit-Organisationen sind von Vorteil.

Wir bieten ein spannendes und sehr vielfältiges Arbeitsumfeld, eine angemessene Entlohnung und gute Sozialleistungen.

Gerne erwarten wir Ihre schriftliche oder elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis am 27. August 2013 an: SP Basel-Stadt, Brigitte Hollinger, Parteipräsidentin, Postfach, 4005 Basel oder an: sekretariat@sp-bs.ch.

Bei Fragen steht Ihnen Frau Brigitte Hollinger gerne zur Verfügung. Tel. 061 311 27 71 oder 076 467 33 93.



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

# GENOSSEN

Daniel Furter, Parteisekretär SP Kanton Bern



## «Master of the Universe» am Filmfestival Locarno

Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche war Schwerpunkt der «Semaine de la critique» am Filmfestival Locarno. Mit «Master of the Universe» feierte ein aufklärerischer und aufschreckender Dokumentarfilm seine Weltpremiere.



Zwei Dinge stehen für den Protagonisten fest: Niemand kann alles verstehen, was in der Finanzbranche läuft, und es kommt nicht gut. Dennoch bringen Filmemacher Marc Bauder und Ex-Banker Rainer Voss uns mit ihren Fragen und Vergleichen auf beste Art die Finanzwelt näher. Es ist der differenzierte Blick eines «Banken-Insiders» – weder beleidigte Abrechnung noch verherrlichende Rechtfertigung –, der den Film einmalig macht. Er zeigt auf, wie das Zusammenkommen von Computern und Ideen aus den USA mit einer neuen Generation von jungen Bankern auch in Europa zu einer Finanzwelt-Revolution führte.

Anschliessend habe es nur noch genügend «Lemminge» gebraucht, welche den immer neuen Finanzinnovationen nachliefen. So schildert der Ex-Banker, wie die eigene Bank auf Geheiss von oben ein Finanzprodukt einfuhrte, obwohl eine vorgängige interne Analyse dessen Nutzlosigkeit gezeigt hatte. Die Finanzkonstrukte wurden so komplex, dass niemand mehr den Durchblick hatte und die Kunden blindlings im gerade Angesagten anlegten, obwohl dies für ihre individuelle Situation ungeeignet war.

Für die Angestellten wird der Bankerjob zur Sucht. Der Druck für mehr Gewinn ist

riesig, dazu braucht es immer höhere Margen und Renditen. Als Entschädigung winken dann mehr Lohn und Bonus. Die Bank wird zu einer Ersatzfamilie und wer aufwärts kommen will, muss auch ab und zu im Büro übernachten. Dass darunter die eigene Familie leidet, wird im Film nur angedeutet; hier bleibt der Protagonist wortkarg.

Ausführlicher wird er, wenn es um die aktuelle Krise in Europa geht. Der Ex-Banker wagt die klare Voraussage, dass als nächstes Land Frankreich mitten in dieser Krise stecken werde und dann... Seine ernüchternde Bilanz: Das Bankensystem habe aus den letzten Krisen nichts gelernt und werde auch diesmal nichts lernen. Der Regisseur will den Film als Aufruf an die ganze Gesellschaft verstanden wissen, jetzt zu handeln. Denn von den Folgen der ausser Kontrolle geratenen Finanzindustrie sind wir alle betroffen. Der neu erhaltene Durchblick ist durchaus beunruhigend.

*Der Film wird in den nächsten Monaten auf Arte ausgestrahlt und kommt evtl. auch in die Kinos. Empfehlenswerter Lesestoff zum Thema: «Strukturierte Verantwortungslosigkeit – Berichte aus der Bankenwelt», herausgegeben von Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin*

**Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?  
Schreibe ein Mail an**

[lisa.schaedel@spschweiz.ch](mailto:lisa.schaedel@spschweiz.ch)

## ROTSTICH

## Sexy Oprah will «Schnipo»

Sommerloch ist dann, wenn ganz wenig Butter (News) auf ganz viel Brot (Zeitungsseiten) verstrichen werden muss. Wird auf den Titelseiten über das «Brautkleid-Drama», den internationalen Tag der Katze, den möglichen Rücktritt irgendwelcher Bundesräte oder den geplatzen Verkauf eines 35 000-Stutz-Täschlis berichtet, ist es soweit.

Wir Daheimgebliebenen können davon ein Liedchen singen. Nur hören dürfen wir keines, wenn es nach SVP-Fuhrhalter Ueli Giezendanner geht. Meisterhaft wusste dieser seine Forderung nach einem Kopfhörerverbot für Fussgänger im News-Vakuum zu platzieren. Auch der drohende Versorgungsengpass mit Erbsli und Rüebli wurde in mehreren Medien ausführlich thematisiert. Dabei heisst es eigentlich «Saure-Gurken-Zeit». Ein Hilcona-Sprecher – offensichtlich ein Erbsenzähler – zeigte sich besorgt und konnte nicht ausschliessen, dass sich die Knappheit auch auf die Preise auswirken wird.

Knappheit war aber auch in attraktiverer Form ein Thema: Das Hotpants-Verbot im schwyzerischen Steinen wurde vom «Blick» zuerst zur «Grossen Schuldebatte» und anschliessend – vermengt mit dem Kopfhörerverbot – zur grundrechtlichen «Verbotitis-Debatte» ausgewallt. «Dürfen wir bald gar nichts mehr?» fragte das Boulevard-Blatt halb besorgt und halb empört. Das fragten sich auch die Asylsuchenden, die gerne in die Badi gewollt hätten.

Man stelle sich vor, Oprah Winfrey wäre in Hotpants gezwängt und Musik hörend («Material Girl») in Bremgarten in die Badi-Beiz gegangen und hätte dort «Schnipo» mit Gemüse bestellt. «Sie wollen diese Erbsli und Rüebli nicht sehen. Die sind zu teuer. Die können Sie sich nicht leisten», hätte man ihr beschieden. Es wäre die Mutter aller Sommerlochgeschichten gewesen. *Stefan Krattiger*



EIN TAG IM LEBEN VON ...

TOM CASSEE, 32, KAMPAGNENLEITER

1:12-INITIATIVE

«Bevor ich um 7 Uhr morgens meinen ersten Kaffee trinke, schaue ich mir noch im Bett auf dem Handy alle erschienenen Artikel zur 1:12-Initiative in den Tageszeitungen an. Meistens habe ich dann bei wichtigen Artikeln schon vor 8 Uhr einige Nachrichten unserer 1:12-Kampagnenleitung auf dem Handy. Das Natel ist nebst meinem Laptop sowieso mein wichtigstes Arbeitsinstrument. Regelmässig checke ich meine Mails und Nachrichten – deshalb verpasst mir meine Freundin in den Ferien berechtigterweise jeweils ein Handyverbot. Ich arbeite in Zürich und in Bern und als Pendler häufig auch im Zug.

Als 1:12-Kampagnenleiter bin ich zuständig für die Koordination zwischen der SP, der JUSO und den Gewerkschaften und versuche die Bälle in der Luft zu halten, was nicht immer ganz einfach ist. Es ist aber sehr motivierend zu sehen, dass immer viel läuft. Ich koordiniere insgesamt 12 Arbeitsgruppen und investiere viel Energie, damit wir in jeder einzelnen Arbeitsgruppe den nächsten Schritt planen können und weiterkommen. Es fallen sehr viele Sitzungen an, die ich häufig mit einem Mittagessen verbinden kann. Weitere Sitzungen oder Bildungsworkshops finden oft am Abend statt, da die meisten Beteiligten der 1:12-Kampagne tagsüber noch einem Brotjob nachgehen. All die Freiwilligen engagieren sich mit unglaublich viel Energie. Nebst den Arbeitsgruppen fallen auch diverse organisatorische Dinge an, ich führe Recherchen durch und arbeite an Online-Kampagnen. Mein Job ist durch die verschiedenen Aufgaben und die Zusammenarbeit mit vielen engagierten Leuten sehr abwechslungsreich.

Ab und zu komme ich mir wie in einem Ameisenhaufen vor. Manchmal müssen wir so schnell wie möglich auf News reagieren. So zum Beispiel als bekannt wurde, dass Vasella bei Novartis

über 3000 Franken pro Stunde abkassiert. Dann entwickeln wir so schnell wie möglich unsere Argumentationslinie, schreiben eine Medienmitteilung und versuchen gleichzeitig für Facebook ein Sujet zu erstellen. Das kann dann schon ein wenig stressig werden. Da wir aber ein sehr gutes Team haben, funktioniert am Schluss doch immer alles.

Im Moment bin ich unter anderem auch mit der 1:12-Fahnenaktion beschäftigt (vgl. S.14). Diese Aktion macht mir grossen Spass, weil das Echo der Freiwilligen sehr positiv ist und weil wir auch ohne grosses Budget eine sichtbare Kampagne machen können. Wir werden mit engagierten Menschen gegen die Millionen der Economie-suisse und Abzocker-Lobby ankommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir am 24. November an der Urne eine Chance haben. Denn die Abzocker-Manager sind so arrogant und abgehoben, dass es vielen Stimmberechtigten endgültig reicht. Zudem haben wir all die engagierten Menschen auf unserer Seite.

Persönlich bin ich sehr motiviert, weil die 1:12-Initiative die richtigen Diskussionen auslöst. Ich bin überzeugt, dass Verteilungsfragen für uns Linke die richtigen Fragen sind. Oft verschwimmt bei mir die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit. Denn viele MitstreiterInnen der 1:12-Kampagne sind für mich auch persönliche Freunde. Häufig gehen wir nach einer Sitzung noch zusammen ein Bier trinken und diskutieren darüber, was man noch alles machen könnte. Ideen muss ich mir dann immer gleich aufschreiben, sonst vergesse ich sie allzu schnell wieder. Ich bin oft erst nach 21 Uhr zuhause. Dann schaue ich TV zum Abschalten. Irgendwann nach Mitternacht gehe ich schlafen.

*Aufgezeichnet von Anik Glau*

## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Noch einige freie Plätze!

#### Anlageorganisation in Vorsorgeeinrichtungen D1.3.1305

9.–11.9.; Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Anlagevorschriften gemäss BVV2, Vor- und Nachteile diverser Anlagemöglichkeiten, Wesen der derivativen Instrumente, Struktur der PK-Anlagen, Führungsverantwortung, Beurteilung der Risikofähigkeit und Festlegen einer Anlagestrategie, Auftragserteilung an externe Vermögensverwalter, Beurteilung der Anlageleistung. Referenten: Dominique Ammann (PPCmetrics AG), Heinrich Nydegger (Unia)

#### Power-Point-Bildschirmpräsentationen (MS Office 2010) D1.6.1310

27.9.; syndicom-Bildungszentrum, Bern  
Aufbau und Bedienung des Programms, exemplarisches Arbeiten mit Folien und Designs mittels Einbau von Objekten, Folienübergängen und Animationen. Referent: Peter Schriber (schriber+partner Informatikberatung)

#### Welche Wahrheit schreibt die Zeitung D2.1.1314

10.10.; Hotel Roter Turm, Solothurn

#### IMPRESSUM

##### Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage 43310 (Wemf)

##### Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis  
Adressänderungen/Abos:  
abo@spschweiz.ch

##### Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

##### E-Mail Redaktion

lisa.schaedel@spschweiz.ch

##### Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

##### Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

##### Druck

Ringier Print Adligenswil AG  
Postfach 3739, 6002 Luzern

##### Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH  
Hellgasse 12, 6460 Altdorf  
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47  
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.8.  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 16.9.

Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger. Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

#### Einführung ins Arbeitsrecht

D2.2.1302

24.–25.10.2013; Hotel Cascada, Luzern

Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung. Referent: Thomas Gabathuler (Rechtsanwalt)

#### Voten, Reden, Referate: texten und vortragen D2.4.1334

11.11.–12.11.; Congress Hotel Olten, Olten

Regeln der Rhetorik, verständliche gesprochene Sprache, Manuskripte vorbereiten und vortragen. Referent: Felix Mätzler (Kommunikationsberater)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch),  
[info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Tel. 031 370 00 70

Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

#### AGENDA

7. September, Bern

##### Jubiläumsfest 125 Jahre

##### SP Schweiz

Progr und Waisenhausplatz in Bern

25. Oktober

##### Koordinationskonferenz

26. Oktober

##### Delegiertenversammlung

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)



**Carola Jost-Franz**  
ist Pfarrerin, Seelsorgerin und Vorstandsmitglied des Pfarrvereins des Kantons Zürich (PfarrerInnen-gewerkschaft).

## Gleichberechtigung für Pfarrerinnen

Es ist heute nichts Ungewöhnliches mehr, eine Frau im Pfarramt anzutreffen. Und es werden stetig mehr. Frauen im Pfarramt: das ist eine Geschichte von 50 Jahren! In diesem Jahr feiert die reformierte Zürcher Landeskirche «50 Jahre Frauen im Pfarramt».

Dennoch hinkt die Zürcher Landeskirche in Bezug auf die Gleichberechtigung im Pfarramt hinterher. Der Kanton Zürich kennt bis heute (!) keine Teilzeitstellen im Gemeindepfarramt. Frauen und Männer können zwar Teilzeit arbeiten, jedoch nur innerhalb einer vollen «ordentlichen» Stelle oder auf einer Ergänzungspfarrstelle. So teilen sich zum Beispiel Pfarrerin A, welche 50 Prozent arbeitet, und Pfarrer B, welcher ebenso 50 Prozent arbeitet, eine «ordentliche» Stelle. Wenn Pfarrer B kündigt, so ist Pfarrerin A per Kirchenordnung mitgekündigt, sie muss sich neu um ihre alte Stelle bewerben. So kommt es, dass Pfarrpersonen, die jahrelang auf der gleichen Teilzeitstelle bleiben, in ihrer Amtszeit am gleichen Ort mehrmals von neuem eine öffentliche Wahl in ihrer Kirchgemeinde durchlaufen, weil die Stellenpartnerin / der Stellenpartner gewechselt hat. Diese Anstellungsbedingungen tragen den heutigen Realitäten nicht mehr Rechnung. Sie gehen von einem Pfarrerbild aus dem 19. Jahrhundert aus: Ein männlicher Pfarrer bekleidet ein 100-Prozent-Pfarramt. Und dann gibt es eben noch die Ergänzungspfarrstellen: Eine zusätzliche Kraft kann aufgrund der Gemeindegrosse teilzeitlich angestellt werden. Diese ist jedoch die Jonglierstelle, die gestrichen wird, sobald die Mitgliederzahlen der Kirchgemeinde zurückgehen und Stellen gestrichen werden. Auffällig oft haben Frauen eine solche Stelle inne.

Gleichberechtigung ist auch eine Frage der Frauenvertretung in der Leitung. Hier fällt auf, dass Pfarrerinnen in kirchlichen Leitungspositionen massiv untervertreten sind. Im Kanton Zürich ist im siebenköpfigen Kirchenrat der reformierten Landeskirche eine einzige Frau vertreten. Auch in den Leitungspositionen der Dekane sieht es nicht anders aus: Es gibt im Kanton Zürich momentan eine Dekanin und elf Dekane.

Der Pfarrverein des Kantons Zürich fordert daher eine Quote von 40 Prozent Frauen in allen kirchlichen Leitungspositionen! 50 Jahre Frauen im Pfarramt – ein guter Anfang, der seine Fortsetzung braucht!



SPINAS CIVIL VOICES



**SAUBERES WASSER IST**

**DER BESTE KINDERARZT AFRIKAS.**

Wünschen Sie sich zum Geburtstag sauberes Trinkwasser für Kinder in Afrika auf [WWW.MEIN-WUNSCH.ORG](http://WWW.MEIN-WUNSCH.ORG)

Unterstützt durch



**GLOBETROTTER**  
REISEN STATT FERIEEN



**HELVETAS**

Handeln für eine bessere Welt